



02.02.2022

Änderung der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2), der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) sowie der Bürgerrechtsverordnung (BüV)

Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

Aktenzeichen: 071.201-06-1145/5/4/2/11/1



Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	3
1.1	Neues Finanzierungssystem Asyl	3
1.2	Ausrichtung von Sprachnachweisen in ausländer- und bürgerrechtlichen Verfahren auf die schweizerischen Verhältnisse	3
2	Ablauf der Vernehmlassung und Übersicht über die Ergebnisse	4
2.1	Einleitende Bemerkungen	4
2.2	Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse	4
2.3	Ergebnisse zur Revision AsylV2 (Vorlage 1)	5
2.4	Ergebnisse zur Revision VZAE und BüV (Vorlage 2)	8
3	Zeitpunkt der Inkraftsetzung	12
4	Verzeichnis der Eingaben / Liste des organismes ayant répondu / Elenco dei partecipanti	13

1 Ausgangslage

1.1 Neues Finanzierungssystem Asyl

In einem Folgemandat zur Integrationsagenda Schweiz (IAS) haben sich Bund und Kantone darauf geeinigt, das gesamte Finanzierungssystem zu überprüfen, die verschiedenen Bereiche des Asyl- und Flüchtlingswesens, namentlich die Betreuung, die Sozialhilfe und die Integrationsförderung optimal aufeinander abzustimmen und allfällige Fehlanreize im System zu beseitigen. Ziel ist es, das gesamte System auf die Erreichung der in der IAS formulierten Wirkungsziele auszurichten. Damit soll eine rasche und nachhaltige Integration der Betroffenen in der Schweiz erreicht und die Sozialhilfeabhängigkeit von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen reduziert werden. Das künftige Finanzierungssystem soll zudem die Wirkung der Investitionen in die Integration der Phase I berücksichtigen, einfach und kohärent sein, zu einer administrativen Entlastung bei Bund und Kantonen und zu Minderausgaben im Bereich der Sozialausgaben sowohl bei den Kantonen wie beim Bund führen. Die Umstellung auf das neue Finanzierungssystem soll auch eine systematische Lastenverschiebung zwischen Bund und Kantonen vermeiden und in diesem Sinne kostenneutral umgesetzt werden.

Das Modell «Berufsbildung» sieht vor, dass neu auch für alle Flüchtlinge und vorläufig aufgenommenen Personen von 18 bis 25 Jahren unabhängig von der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder einer Ausbildung eine Globalpauschale ausbezahlt wird. Neu soll zudem ein Korrekturfaktor «tiefes Erwerbseinkommen» eingeführt werden. Mit diesem Korrekturfaktor soll vermieden werden, dass unerwünschte Fehlanreize zulasten der beruflichen Grundbildung oder Teilzeiterwerbstätigkeit bei den 25- bis 60-jährigen Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen entstehen. Der Korrekturfaktor hat zur Folge, dass für Personen mit einem Einkommen von 600 Franken oder weniger keine Globalpauschale abgezogen werden soll. Mit der Einführung des neuen Finanzierungssystems wird weiter die Globalpauschale für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene neu in je eine separate Pauschale aufgetrennt, um den unterschiedlichen ausländer- und integrationspolitischen Voraussetzungen Rechnung zu tragen.

1.2 Ausrichtung von Sprachnachweisen in ausländer- und bürgerrechtlichen Verfahren auf die schweizerischen Verhältnisse

Ebenfalls Teil der Vernehmlassungsvorlage ist eine Anpassung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) sowie der Bürgerrechtsverordnung (BüV) gewesen, welche die Sprachanforderungen betrifft. Das geltende Recht gibt vor, dass die Nachweise von Sprachkompetenzen, welche Ausländerinnen und Ausländer zur Erteilung von Aufenthalts-, Niederlassungsbewilligungen bzw. zur Erlangung des Bürgerrechts zu erbringen haben, international anerkannten Qualitätsstandards zu genügen haben. Die meisten Sprachtests, welche in der Schweiz angeboten werden, sind ursprünglich zum Nachweis von Sprachkompetenzen in den Nachbarländern der Schweiz konzipiert worden. Sie orientieren sich somit nicht in erster Linie am Schweizer Alltag. Die Vernehmlassungsvorlage sieht daher vor, folgendes weiteres Qualitätskriterium einzuführen: Die Sprachnachweise sollen künftig so ausgestaltet sein, dass sie einen konkreten Bezug zur Schweiz aufweisen und Sprachkenntnisse anhand eines kommunikativen Ansatzes prüfen, der auf konkreten Alltagssituationen in der Schweiz basiert.

2 Ablauf der Vernehmlassung und Übersicht über die Ergebnisse

2.1 Einleitende Bemerkungen

Der Ergebnisbericht weist aus, welche Bestimmungen positiv, negativ oder kritisch aufgenommen worden sind und ob Änderungsvorschläge bestehen.

Das Vernehmlassungsverfahren hat vom 23. Juni bis am 14. Oktober 2021 stattgefunden. Beim vorliegenden Bericht handelt es sich um eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens. Eine Liste der Teilnehmer, die geantwortet haben, findet sich in Ziffer 4. Für detaillierte Begründungen wird auf die Originalstellungen verwiesen, welche auf der Publikationsplattform des Bundesrechts zu finden sind.¹

2.2 Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e des Vernehmlassungsgesetzes (VIG)² wurde eine Vernehmlassung durchgeführt.

Zur Vorlage sind 42 Rückmeldungen eingegangen. Insgesamt haben sich 25 Kantone, 4 politische Parteien, 10 Dachverbände, sowie 3 weitere interessierte Kreise schriftlich geäußert. Explizit auf eine Stellungnahme verzichtet haben der **Schweizerische Arbeitgeberverband**, der **Kaufmännische Verband Schweiz** und die **KKJPD**.

Zum neuen Finanzierungssystem Asyl haben 25 Kantone eine Stellungnahme abgegeben. Die überwiegende Mehrheit – insgesamt 21 Kantone – stimmt der Vorlage unter Vorbehalt zu (**AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, LU, NE, NW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH**). 3 Kantone stimmen der Vorlage zu (**AG, AI, OW**). Ein Kanton lehnt die Vorlage ab (**GR**). Von den Parteien haben sich 4 geäußert. Zwei Parteien (**FDP, SP**) stimmen der Vorlage zu, die **glp** stimmt ebenfalls unter Vorbehalt zu und die **SVP** lehnt die Vorlage ab. Es haben sich 10 Dachverbände zur Vorlage geäußert: Davon haben 8 (**Caritas Schweiz, HEKS, SRK, SAH, SFH, SGV, SSV, SGB**) Vorbehalte und 2 (**SGV, Centre Patronal**) stimmen der Vorlage zu. Von den Interessierten (**SODK, VKM, KID**) stimmen alle 3 der Vorlage unter Vorbehalt zu.

In Bezug auf die Vorlage zu den Sprachnachweisen haben sich 23 Kantone zur Anpassung geäußert, 6 davon zustimmend (**GE, GL, NE, TI, VS, ZG**), 6 stimmen unter Vorbehalt zu (**AI, BE, OW, SO, TG, VD**), 11 Kantone lehnen die Revision ab (**AG, AR, BL, BS, FR, GR, LU, NW, SG, SH, ZH**). Von den Parteien haben sich 3 zur Vorlage geäußert, alle drei begrüßen sie (**SP, glp, FDP**). Von den Dachverbänden lehnen 8 die Vorlage ab (**Caritas Schweiz, HEKS, SAH, SFH, SSV, SGV, SGB, SBAA**), 2 begrüßen sie (**SGV, Centre Patronal Bern**). Von den Interessierten haben 2 abgelehnt (**VKM, KID**), ein Verband hat unter Vorbehalt zugestimmt (**SODK**).

Die beiden Vorlagen wurden von den Vernehmlassungsteilnehmenden unterschiedlich beurteilt. Deshalb wird an dieser Stelle auf die detaillierten Ergebnisse in den nachfolgenden Ziffern 2.3. und 2.4. verwiesen.

¹ www.fedlex.admin.ch > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2021 > EJPD.

² SR 172.061

2.3 Ergebnisse zur Revision AsylV2 (Vorlage 1)

AI, OW, die **FDP**, die **SP**, der **SGV** und das **Centre Patronal Bern** begrüßen das neue Finanzierungssystem Asyl. **OW** betont in der Stellungnahme die Wichtigkeit der kostenneutralen Umsetzung der Vorlage. Für die **SP** ist die Förderung der Erwerbstätigkeit und die faire Aufteilung der Kosten zwischen Bund und Kantonen für die Zustimmung zentral. Der **SGV** begrüsst das anreizorientierte Finanzierungssystem für Vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge, da es den Fokus auf die Berufsbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen richtet und sich dabei nach den Wirkungszielen der Integrationsagenda Schweiz ausrichtet. Für das **Centre Patronal Bern** ist die Ausübung einer Erwerbstätigkeit zentral für die Integration.

AG, AR, BE, BL, BS, GE, GL, LU, NE, NW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH, die **SODK**, die **VKM**, der **Schweizerische Städteverband**, der **SGB**, die **glp**, das **SAH**, das **SFH**, das **HEKS**, **Caritas Schweiz**, das **SRK** und die **SBAA** stimmen der Revision der AsylV2 unter Vorbehalt zu. Sie bringen Kritikpunkte an oder schlagen Anpassungen vor. Diese eingebrachten Anmerkungen werden untenstehend im Rahmen von einzelnen Unterkapiteln näher beschrieben.

GR und die **SVP** lehnen die Vorlage ab. Die **SVP** ist gegen die Vorlage, da nicht die Ursachen bekämpft, sondern lediglich die Auswirkungen gelindert würden. Sie spricht sich gegen die Integration von vorläufig Aufgenommenen aus. Zudem wird bezweifelt, dass mit der Reform ein finanzielles Gleichgewicht erreicht werden kann, da die Kosten stetig zunehmen würden.

Überprüfung der Kostendeckung

AR, BE, BL, BS, GL, LU, NE, NW, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, die **SODK**, die **VKM** und der **Schweizerische Städteverband** verlangen eine Kostendeckungsanalyse, mittels welcher überprüft werden soll, ob die neu vorgesehenen Bundesabteilungen die Kosten der Kantone abdecken. **AG** begrüsst eine solche Kostendeckungsanalyse.

TG bringt zusätzlich an, dass die durchschnittlichen Betreuungskosten der Asylsuchenden durch die Bundesabteilungen vollständig gedeckt sein müssen.

Gemäss **VD** muss eine Kostendeckungsanalyse alle Kosten erfassen, die auf kantonaler Ebene anfallen. Damit sind auch beispielsweise Aufwendungen für Dolmetscher gemeint.

Der **SGB** weist darauf hin, dass die tatsächlichen Arbeitsmarktintegrationskosten der Kantone - insbesondere seit Inkrafttreten der IAS – berücksichtigt werden müssen, damit die diesbezüglichen kantonalen Bemühungen abgebildet und anerkannt werden können.

Modell «Berufsbildung» (Artikel 23 Abs. 4 und 5 und Artikel 27 AsylV2)

Der **Schweizerische Städteverband** weist darauf hin, dass viele der 25-jährigen die Ausbildung nicht abgeschlossen haben werden, wenn die Globalpauschale entfällt.

GL verlangt eine Erhöhung der Alterslimite von 25 auf 28 Jahre. Das **HEKS** fordert eine Anhebung der Altersgrenze auf 35 Jahre.

Die **SBAA** lehnt das Modell Berufsbildung ab, da nach ihrer Ansicht auch auf höhere Abschlüsse fokussiert werden sollte.

Einführung eines neuen Korrekturfaktors «tiefes Erwerbseinkommen» (Artikel 23 Abs. 5 und Artikel 27 Abs. 2 AsylV2)

AR, BS, LU, NW, SO, TI, die **glp**, das **SAH**, das **SFH** und die **SODK** verlangen eine Analyse der Wirkung des Korrekturfaktors. Gegebenenfalls müsse der Schwellenwert von 600 Franken erhöht werden.

VS, der **Schweizerische Gemeindeverband**, der **Schweizerische Städteverband** und die **SBAA** fordern eine Erhöhung des Schwellenwerts.

Einige Vernehmlassungsteilnehmende verlangen eine konkrete Erhöhung des Einkommensschwellenwerts. Die Beträge sind jedoch unterschiedlich: **SZ** will eine Erhöhung von 600 auf 720 Franken, da dieser Betrag einer 20 %-Anstellung im Tieflohnsegment entspricht. **NE, SH, VD, ZG** und **SG** verlangen eine Erhöhung von 600 auf 1000 Franken. Der **SGB** will eine Verdoppelung des Einkommensschwellenwerts, d.h. 1200 anstelle 600 Franken. **FR** und die **VKM** fordern anstelle von 600 Franken einen Korrekturfaktor von 1300 Franken.

Das **HEKS** hält fest, dass 600 Franken zu tief angesetzt seien. Die Globalpauschale solle erst dann entfallen, wenn ein Erwerbseinkommen mindestens drei Viertel des durchschnittlichen Lebensbedarfs decken kann. Zudem solle bei befristeten Arbeits- oder Praktikumseinsätzen von maximal sechs Monaten der Anspruch auf die Globalpauschale nicht unterbrochen werden.

GL und **UR** schätzen den Einkommensschwellenwert von 600 Franken als zu tief ein. **UR** fordert eine Erhöhung für Personen, die eine Lehre oder ein Praktikum im Hinblick auf eine Lehre absolvieren sowie für Frauen, die nebst Kinderbetreuung einen Teilzeitjob machen.

NW bezweifelt die Wirkung des Einkommensschwellenwerts.

Separate Globalpauschalen für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene (Artikel 22 Abs. 1 und 5 sowie Artikel 23 Abs.1, 2, 4 und 5 AsylV2)

SH und der **Schweizerische Städteverband** halten in ihrer Stellungnahme fest, dass die Situation der Asylsuchenden weiterhin unbefriedigend sei.

BL, GE, NE, VD, VS, der **Schweizerische Gemeindeverband** und die **SBAA** fordern, dass auf eine Differenzierung zwischen Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen verzichtet werden sollte. Alle Asylsuchenden sollten ebenfalls Teil des neuen Finanzierungssystems Asyl sein. Auch die **Caritas Schweiz**, das **SRK** und der **SGB** beurteilen es kritisch, dass die Asylsuchenden vom neuen System ausgeschlossen werden.

Das **SAH** und die **SFH** fordern ebenfalls, dass die Asylsuchenden einbezogen werden sollen. Insbesondere sollten die Asylsuchenden, welche ein erweitertes Verfahren durchlaufen, Teil des neuen Finanzierungssystems Asyl sein, da ihre Schutzquote bei knapp 67 % liegt.

SG hält fest, dass die Aufteilung der Globalpauschale für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene in je eine separate Pauschale begrüsst wird. Die reduzierte Pauschale für Asylsuchende wird jedoch abgelehnt, da in der ersten Integrationsphase ein gesundheitlicher Nachholbedarf bestehe. Zudem dürfe eine eventuelle Erwerbstätigkeit nicht verrechnet werden, da die Integration in den Arbeitsmarkt für Asylsuchende gesetzlich nicht im Vordergrund stehe.

Berechnungsformeln Globalpauschalen (Artikel 23 Abs. 5 sowie Artikel 27 Abs. 2 AsylV2)

FR fordert eine Streichung der Variablen «Schweizerische Arbeitslosenquote» und «Kantonale Arbeitslosenquote» sowie «Schweizerische Quote der Erwerbstätigen» in den betroffenen Artikeln. Die höheren Arbeitslosenquoten der Westschweizer Kantone seien ein strukturelles Phänomen und können durch diese nur bedingt beeinflusst werden. Die vorgeschlagenen Anpassungen bei der Berechnungsformel hätten keinen Einfluss auf die Kostenneutralität, wohl aber auf die Verteilung der Bundesgelder auf die Kantone.

Nach Ansicht von **VD** sollte in der Berechnungsformel für die Globalpauschalen die «Schweizerische Quote der Erwerbstätigen» durch eine kantonale Beschäftigungsquote ersetzt werden. Ansonsten bestünden Benachteiligungen für einzelne Kantone und die regionalen Unterschiede würden verschärft.

Kostenneutrale Umsetzung des neuen Finanzierungssystems Asyl

SG, ZG, ZH, Caritas Schweiz, das HEKS, das SRK, das SAH, die SFH, der Schweizerische Gemeindeverband, der SGB, die SBAA und der Schweizerische Städteverband fordern, dass auf eine Senkung der Globalpauschalen verzichtet werden soll.

VS weist darauf hin, dass die Kostenneutralität nachgewiesen werden soll.

SH bringt ein, dass der Grundbedarf für den Lebensunterhalt gestiegen ist, die Globalpauschalen jedoch nicht entsprechend angepasst wurden. Die Aufgaben im Rahmen der Integrationsagenda Schweiz intensiviere die Betreuung zusätzlich. Zudem werde die Zuständigkeit von vielen vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen vom Bund zu den Kantonen und Gemeinden wechseln.

Weitere Bemerkungen

BL verlangt eine separate Abgeltung von unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden.

VD regt an, dass die Bundesfinanzierung über die in den Artikeln 20 und 24 der AsylV2 festgelegten Fristen hinaus verlängert werden sollte. Für schutzbedürftige bzw. vulnerable Personen sollte gemäss **GE** und **NE** eine verlängerte Bundesfinanzierung vorgesehen werden.

GE fordert, dass die Kantone für die Betreuung von Personen mit einem Einkommen unterhalb der Monatspauschale im Rahmen der Globalpauschale entschädigt werden sollten, da oftmals hohe Pflegekosten für Personen mit geringem Einkommen bestehen.

UR betont, dass es wichtig sei, am Sockelbeitrag und an der Verwaltungskostenpauschale festzuhalten.

2.4 Ergebnisse zur Revision VZAE und BÜV (Vorlage 2)

GE, GL, NE, TI, VS, ZG, SP, GIp, FDP, SGV und **Centre Patronal Bern** begrüßen die Anpassungen bezüglich Sprachnachweisen. **TI, FDP** und **SGV** betonen, dass die Anpassungen eine schnellere und nachhaltigere Integration in der Schweiz ermöglichen. **gIp, SP** und **Centre Patronal Bern** heben hervor, dass mit der Anpassung der Realität entsprochen wird, dass die Schweizerischen Landessprachen sogenannte Helvetismen enthalten und auch aufgrund der verschiedenen Dialekte Unterschiede zur den international anerkannten Sprachkompetenzen existieren.

AI, BE, OW, SO, TG, VD und **SODK** stimmen den Anpassungen unter Vorbehalt zu. **AG, AR, BL, BS, FR, GR, LU, NW, SG, SH, ZH, Caritas Schweiz, HEKS, SAH, SFH, SSV, SGV, SGB, SBAA, VKM, KID** lehnen die Vorlage ab. Sie bringen Kritikpunkte an oder schlagen Anpassungen vor. Diese eingebrachten Anmerkungen werden untenstehend im Rahmen von einzelnen Unterkapiteln näher beschrieben.

Befürchtung einer Vermischung von Integrationskriterien und Sprachkompetenzen (Artikel 77d Abs. 1 Bst. d VZAE und Artikel 6 Abs. 2 Bst. d BÜV)

Der meist genannte Kritikpunkt betrifft die Vermischung von Integrationskriterien mit Sprachkompetenzen: **SG, AG, AR, FR, GR, NW, SG, SH, ZH, SSV, SGB, SBAA, VKM** und **KID** erachten es nicht als sinnvoll, die Sprach- und Landeskenntnisse in einem Test zu vermischen, **SG** ergänzt, dass dies insbesondere nicht in einem frühen Stadium des Erlernens der Sprache sinnvoll sei. **FR** gibt zu bedenken, dass mit der letzten Revision AIG die Integrationsanforderungen klar definiert worden seien, das Hinzufügen einer neuen Integrationsanforderung zu den Sprachzertifikaten würde das neue Modell, das erst noch Fuß fassen muss, komplizierter machen. **AR** und **SH** weisen darauf hin, dass dies die Systematik des Stufenmodells ausser Kraft setze. Gemäss **SH** führe dies zu Ungleichheit im System. **SO** ist der Ansicht, dass Sprache nicht mehr Gewicht erhalten soll als die restlichen Integrationskriterien. **AG, BS, LU, SH** und **SGV** weisen darauf hin, dass Kenntnisse und Vertrautheit mit der Schweiz zudem bereits im Einbürgerungsverfahren geprüft werden. Gemäss **SFH** könne man davon ausgehen, dass sie durch die Erfüllung der Einbürgerungsvoraussetzungen den Bezug zu den Schweizer Verhältnissen ohnehin schon nachweisen könnten.

SAH und **SFH** geben zu bedenken, dass Anforderungen bereits jetzt sehr hoch seien und **HEKS** fordert, dass diese deshalb keinesfalls zu erhöhen seien. Auch aus der Sicht der **VKM** besteht keine Veranlassung weitere Anforderungen an die Sprachnachweise zu stellen und **BL** ist der Meinung, dass die heute geltenden Bestimmungen ausreichend sind, um die Sprachkompetenz für eine Aufenthaltsverlängerung oder für den Erwerb des Bürgerrechts beurteilen zu können. **SG, HEKS, SAH** und **SFH** merken zudem an, dass der erläuternde Bericht zu wenig klar darstellt, inwiefern überhaupt Handlungsbedarf besteht. Gemäss **SBAA** bergen neue Voraussetzungen an Sprachnachweise die Gefahr einer weiteren Überhöhung der Anforderungen an Sprachkompetenzen. Dass die Sprachkompetenzen einen expliziten Bezug zum Handeln im beruflichen und gesellschaftlichen Schweizer Alltag aufweisen müssen, ist gemäss **Caritas Schweiz** eine übertrieben hohe Anforderung. Der Nachweis eines

Testes auf Niveau A1 mit explizitem Bezug zu den Schweizer Verhältnissen im Familiennachzug wird von **GR** als unverhältnismässig erachtet. Auch **BL** stellt die Sinnhaftigkeit in Frage und fordert deshalb, bei Annahme der Vorlage, diesen frühestens ab Niveau A2 umzusetzen. Gemäss **SAH** und **SFH** sei der Schweiz-Bezug für die Verständigung im Alltag und im Umgang mit Arbeitgebern oder Behörden kaum relevant. Die **VKM** ergänzt, dass zudem nicht festgestellt werden könne, dass Ausländer und Ausländerinnen mit einem internationalen Ausweis mehr Mühe hätten, sich zu integrieren. Es wurde von **AG**, **SH** und **KID** auch die Frage gestellt, ob ein Sprachtest überhaupt die Vertrautheit mit Schweizer Verhältnissen prüfen kann, zumal gemäss **BL** aus den Erläuterungen nicht ersichtlich wird, was der «explizite Bezug zum Handeln im beruflichen und gesellschaftlichen Alltag der Schweiz» konkret beinhalten soll. Hier fordert **TG** bei Annahme eine klarere Präzisierung. Die **KID** stellt auch in Frage, ob ein Schweizer Sprachtest die Integration besser misst als andere Sprachtests.

AG hält eine vertiefte Diskussion zu den Kriterien für subventionierte Sprachkurse und Tests, wie dies im Hinblick auf die Kantonalen Integrationsprogramme 3 geplant ist für sinnvoll, erachtet es jedoch als nicht opportun, die Kriterien jetzt über alle Kategorien hinweg anzupassen.

Es wurde zudem von **LU** hervorgehoben, und damit die bestehenden gesetzlichen Grundlagen bestätigt, dass Sprache nur dann als Integrationskriterium sinnvoll sei, wenn es sich um die vor Ort gesprochene Sprache handle. Schliesslich wurde von **BS**, **NW** und **ZH** vermerkt, dass Schweizer Eigenheiten bereits im Sprachkurs genügend abgedeckt würden.

Auswahl möglicher Sprachtests (Artikel 77d Abs. 1 Bst. d VZAE und Artikel 6 Abs. 2 Bst. d BÜV)

AG, **BL**, **FR**, **GR**, **SH**, **SAH**, **SFH**, **SBAA** und die **KID** befürchten, dass die Regelung zu einer Verringerung der Auswahl möglicher Sprachtests führt. Damit bestehe gemäss **BL**, **BS**, **VD**, **ZH** und der **VKM** die Gefahr einer Monopolstellung des fide-Tests. **AG** und der **SSV** befürchtet eine Verringerung der Qualität der Sprachtests. Gemäss **SG** entsprechen die bisherigen Zertifikate den gängigen internationalen Standards und haben sich bewährt. Gleichzeitig wurde von **BS** darauf hingewiesen, dass bereits internationale Tests existieren, die auf die Schweiz zugeschnitten sind und z.B. Helvetismen als korrekt bewerten. Eine Erweiterung der Anforderungen sei deshalb gemäss **AI**, **SO** und **HEKS** nur zielführend, sofern weiterhin eine Auswahl an unterschiedlichen Sprachnachweisen anerkannt wird.

Im Ausland erworbene Sprachzertifikate (Artikel 77d Abs. 1 Bst. d und Abs. 1^{bis} VZAE und Artikel 6 Abs. 2 Bst. d BÜV)

Gemäss **BL** und **SGV** wird durch die Anpassung die internationale Vergleichbarkeit erschwert. Auch **BS** gibt zu bedenken, dass die Orientierung am Schweizer Alltag Gefahr birgt, dass der Test schwieriger mess- und vergleichbar ist und seine Anerkennung ausserhalb der Schweiz verliert. Gemäss **SGV** würden mit den Änderungen die im Ausland erworbenen Zertifikate je nach Verfahren unterschiedlich beurteilt und **GR** und **VKM** sind ebenfalls der Meinung, dass der gleiche Test mit der Umsetzung der Änderung anders gewertet würde, je nach dem wo er abgelegt wurde. Die Regelung führt damit gemäss **BL** zu Ungleichheiten von Ausländern, die bereits im Ausland einen Sprachnachweis absolviert haben gegenüber denen, die den Test erst in der Schweiz absolvieren. **BS** erläutert, dass bei Personen, die den Sprachnachweis vor ihrer Einreise im Ausland machen, der Sprachnachweis im Bereich

VZAE keinen schweizerischen Bezug haben muss, um ausreichend zu sein. **SH** sieht einen Widerspruch darin, dass im Ausland erworbene Sprachzertifikate für den Ausländerbereich genügen, nicht jedoch die gleichen in der Schweiz erlangten Diplome. Dies stiftet gemäss **FR** Verwirrung. **AI, AR, BE, NW, SGB, SODK**, und die **VKM** fordern deshalb, dass das BÜV bei Annahme um eine entsprechende Ausnahmeregelung ergänzt werden. **OW** schlägt vor, die VZAE dahingehend zu ergänzen, dass keine Sprachzertifikate aus dem Ausland anerkannt sind. Gemäss **SO, SH, ZH** und **SSV** seien zudem für lerngewohnte Migrantinnen und Migranten internationale Zertifikate attraktiver, **SH** fügt an, dass diese Personen zwei Sprachnachweise erbringen müssten.

Internationale Anschlussfähigkeit (Artikel 77d Abs. 1 Bst. d und Abs. 1^{bis} VZAE und Artikel 6 Abs. 2 Bst. d BÜV)

Gemäss **AR, FR, NW, SH, ZH, SSV** und der **KID** erschwere die Regelung die internationale Anschlussfähigkeit im Arbeits- und Wissenschaftsbereich. **FR** gibt zu bedenken, dass durch den Ausschluss der Zertifikate aus dem Ausland eine Isolation der Schweiz drohe. Lege ein Sprachnachweis seinen Schwerpunkt auf die Verhältnisse in der Schweiz, so bestehe gemäss **BS** die Gefahr, dass dieser einerseits schwieriger messbar und vergleichbar sei und andererseits seine Anerkennung ausserhalb der Schweiz verliere. Auch gemäss **SG** stellen zusätzlich für die Schweiz spezifische Anforderungen die Vergleichbarkeit in Frage.

Mehrkosten und Mehraufwand (Artikel 77d Abs. 1 Bst. d und Abs. 1^{bis} VZAE und Artikel 6 Abs. 2 Bst. d BÜV)

Gemäss **SGV** führt die Anpassung zu einer Verkomplizierung der Verfahren. Verschiedene Kantone äussern die Befürchtung, dass Mehrkosten und Mehraufwand generiert werden: **FR** sieht die Mehrkosten aufgrund der fehlenden Anerkennung der ausländischen Diplome, **SG** aufgrund der Verkomplizierung durch für die Schweiz spezifische Anforderungen. **BE** und **VKM** fordern, dass Mehrkosten bei Annahme durch den Bund abzugelten seien. Die Einschränkungen führen gemäss **SBAA** auch zu potentielle höheren Kosten für Gesuchstellende, **BL** befürchtet solche Zusatzkosten aufgrund von zusätzliche Testsettings, verpflichtenden Vorbereitungskurse oder Zusatzprüfungen zur Absolvierung von anderen Tests. **HEKS** erläutert, dass die vorgeschlagene Änderung somit nicht als Erleichterung formuliert sei, sondern als Einführung eines zusätzlichen Kriteriums und damit als Erschwerung für Betroffene. Gemäss **ZH** würde mit den Anpassungen eine zusätzliche bürokratische zeit- und kostenaufwändige Hürde geschaffen.

Einschränkungen fide-Test

Verschiedene Vernehmlassungsantworten gingen davon aus, dass der fide-Test zumindest in einer ersten Anfangsphase – die Vernehmlassungsvorlage sah dazu eine Übergangsfrist vor – eine höhere Nachfrage erfahren würde. Im Grundsatz wurden der fide-Test und das Förder-system fide begrüsst (**KID**). Nach Ansicht von **HEKS, SAH, SFH** und **VKM** sei der fide-Test jedoch vergleichsweise teuer, resp. gemäss **GR** sehr zeit- und kostenintensiv. **FR, LU** und die **KID** weisen darauf hin, dass Personen mit einem höheren Niveau als B1 dieses mit dem fide-Test nicht nachweisen können, da ausser im Bildungsbereich zurzeit kein solcher Test vorliege. **GR, LU, VD, VKM**, und die **KID** ergänzen, dass dies damit die Anschlussfähigkeit an

Arbeitsmarkt und Bildungsbereich erschwere. **NW** weist darauf hin, dass der fide-Test nicht für das im Kanton geforderte Niveau bei Einbürgerung reiche. Für **SG** ergeben sich auch Fragezeichen bezüglich Kompatibilität mit vorhandenen Kursen sowie mit weiterführenden Ausbildungsgängen, es sei davon auszugehen, dass Personen, die eine Aus- oder Weiterbildung anstreben, zusätzliche Sprachprüfungen ablegen müssen. Die **VKM** weist auf die fehlende internationale Anerkennung des fide-Tests hin und **LU** bringt zu Bedenken, dass es keine Hinweise gebe, dass Personen mit fide-Zertifikat besser integriert seien. **VD** äussert Bedenken, ob fide die Nachfrage stemmen kann und auch **SAH**, **SFH** und **VKM** befürchten Engpässe. **HEKS** fordert, dass bei Umsetzung sichergestellt werden müsse, dass es zu keinen Kapazitätsengpässen bei den fide-Tests kommt, da es bereits heute aufgrund des aufwändigen und teuren Akkreditierungsprozesses, resp. der fehlenden Lukrativität für die Anbieter ein Kapazitätsproblem bei fide gebe. **FR** bringt ein, dass fide insbesondere im Bereich Fördern gestärkt werden sollte.

Weitere Bemerkungen

FR fordert, dass die Steuerung der Integration im Wesentlichen in der Verantwortung der Kantone und Gemeinden bleiben soll.

Die Übergangsbestimmung lässt gemäss **LU** vermuten, dass vor 01.01.2025 erbrachte Sprachzertifikate nicht mehr in jedem Fall weiterhin anerkannt sind.

ZG weist darauf hin, dass die derzeit anerkannten Sprachtests mit Schwerpunkt auf der Schriftlichkeit absolviert werden. Oftmals – gerade auch bei bildungsstarken Personen – spiegeln die (guten) Testergebnisse nicht die mündlichen Sprachfähigkeiten wider, was danach insbesondere im persönlichen Gespräch bemerkbar ist. Insofern stellt **ZG** sich die Frage, ob nicht auch die Form der Testverfahren anzupassen ist.

3 Zeitpunkt der Inkraftsetzung

In der Vernehmlassungsvorlage wurde vorgesehen, dass die Änderungen in der Asylverordnung über Finanzierungsfragen (AsylV2), der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) sowie der Bürgerrechtsverordnung (BüV) per 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt werden.

Die Kantone haben sich im Rahmen der Vernehmlassung nicht zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung geäussert.

4 Verzeichnis der Eingaben / Liste des organismes ayant répondu / Elenco dei partecipanti

Kanton Aargau, Regierungsrat	AG
Kanton Appenzell Innerrhoden, Regierungsrat	AI
Kanton Appenzell Ausserrhoden, Regierungsrat	AR
Kanton Bern, Regierungsrat	BE
Kanton Basel-Landschaft, Regierungsrat	BL
Kanton Basel-Stadt, Regierungsrat	BS
Canton de Fribourg, Conseil d'État, Kanton Freiburg, Staatsrat	FR
République et canton de Genève, Conseil d'État	GE
Kanton Glarus, Regierungsrat	GL
Kanton Graubünden, Regierungsrat	GR
Kanton Luzern, Regierungsrat	LU
République et canton de Neuchâtel, Conseil d'État	NE
Kanton Nidwalden, Regierungsrat	NW
Kanton Obwalden, Regierungsrat	OW
Kanton St. Gallen, Regierungsrat	SG
Kanton Schaffhausen, Regierungsrat	SH
Kanton Solothurn, Regierungsrat	SO
Kanton Schwyz, Regierungsrat	SZ
Kanton Thurgau, Regierungsrat	TG
Repubblica e Cantone Ticino, il Consiglio di Stato	TI
Kanton Uri, Regierungsrat	UR
Canton de Vaud, Conseil d'État	VD
Canton du Valais, Conseil d'État Kanton Wallis, Staatsrat	VS
Kanton Zug, Regierungsrat	ZG
Kanton Zürich, Regierungsrat	ZH

Politische Parteien / Partis politiques / Partiti politici

FDP. Die Liberalen	FDP
PLR. Les Libéraux-Radicaux	PLR
PLR. I Liberali	PLR
Grünliberale Partei Schweiz	glp
Parti vert'libéral Suisse	Pvl
Partito verde liberale svizzero	pvl
Schweizerische Volkspartei	SVP
Union démocratique du centre	UDC
Unione democratica di centro	UDC
Sozialdemokratische Partei der Schweiz	SP
Parti socialiste suisse	PSS
Partito socialista svizzero	PSS

Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / Associations faïtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / Associazioni mantello nazionali dei Comuni, delle città e delle regioni di montagna

Schweizerischer Gemeindeverband	SGV
Association des Communes Suisses	ACS
Associazione dei Comuni Svizzeri	ACS
Schweizerischer Städteverband	SSV
Union des villes suisses	UVS
Unione delle città svizzere	UCS

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / Associations faïtières de l'économie qui œuvrent au niveau national / Associazioni mantello nazionali dell'economia

Kaufmännischer Verband Schweiz	KFMV
Société suisse des employés de commerce	SECS
Società svizzera degli impiegati di commercio	SIC
Schweiz. Gewerkschaftsbund	SGB
Union syndicale suisse	USS
Unione sindacale svizzera	USS
Schweizerischer Arbeitgeberverband	SAV

Union patronale suisse	
Unione svizzera degli imprenditori	
Schweizerischer Gewerbeverband	SGV
Union suisse des arts et métiers	USAM
Unione svizzera delle arti e mestieri	USAM

Weitere interessierte Kreise / autres milieux concernés / altre cerchie interessate

CARITAS Schweiz	
Centre Patronal	Centre Patronal
Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren	KKJPD
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police	CCDJP
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia	CDDJP
Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren	SODK
Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales	CDAS
Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali	CDOS
Konferenz der städtischen und kantonalen Integrationsdelegierten	KID
Conférence suisse des délégués à l'intégration	CDI
Conferenza svizzera dei delegati all'integrazione	CDI
Netzwerk Schweizerisches Arbeiterhilfswerk	SAH
Œuvre suisse d'entraide ouvrière	OSEO
Soccorso operaio svizzero	SOS
Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht	
observatoire suisse du droit d'asile et des étrangers	
osservatorio svizzero sul diritto d'asilo e degli stranieri	
Schweizerische Flüchtlingshilfe	SFH
Organisation suisse d'aide aux réfugiés	OSAR
Schweizerisches Rotes Kreuz	SRK
Croix-Rouge suisse	
Croce Rossa Svizzera	
Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden	VKM
Association des services cantonaux de migration	ASM
Associazione dei servizi cantonali di migrazione	ASM